

Kahlschlag statt Kulturpolitik?

IG Kultur Gespräch mit den KultursprecherInnen

Das ModeratorInnen-Team, Eva Ursprung und Stefan Schmitzer, begrüßten alle KultursprecherInnen, der im Landtag vertretenen Parteien bei Wasser und Brot in der Galerie Lendluft im Spektral am 07.09.2010. Von den Parteien wurden Ilse Reinprecht (SPÖ), Sabine Jungwirth (Die Grünen), Christopher Drexler (ÖVP) und Georg Fuchs (KPÖ) gesandt. Auch Radio Helsinki war mit einem live-stream dabei und überbrachte das IG KulturGespräch an viele interessierte ZuhörerInnen.

Kulturpolitische Inhalte in den Wahlprogrammen

Einleitend wurden Stellungnahmen zu den kulturpolitischen Inhalten in den Wahlprogrammen bezogen. Wenn die kulturpolitischen Inhalte für die Zukunft manchmal schwer zu finden waren, so konnten sich die beiden Großparteien zumindest auf die Vergangenheit berufen. ÖVP: „wir haben in den letzten Jahren ein paar kulturpolitische Positionen bezogen.“ Aber auch die SPÖ: „Das Wahlprogramm soll nicht überbewertet werden, wir haben es in den letzten 5 Jahren durchaus gezeigt, z.B. Frauenschwerpunkt. Man sollte die Parteien daran messen was sie getan haben.“ Die KPÖ setzt weiter darauf den Zugang zu Kultur und Kunst sowohl für Konsumenten als auch Schaffende zu ermöglichen. Sabine Jungwirth von den Grünen kommt zwar selbst aus der Wirtschaft, will aber nicht nur Creative Industries, sondern ein breites Spektrum an Kultursparten fördern.

Kulturpolitische Visionen

Wenn man die KultursprecherInnen nach ihren Wichtigkeiten in der Kultur befragt, hört man alles - von Theater, Landesbibliothek bis hin zur Förderung von jungen KünstlerInnen oder der Schaffung von Austauschmöglichkeiten. Nur Georg Fuchs von der KPÖ spricht das wirklich Wichtigste an: „Finanzielle und soziale Absicherung von KünstlerInnen“. Die kulturpolitischen Visionen sind schwer zu finden. Einig ist man sich was die Wichtigkeit der Kunst und Kultur für die Gesellschaft betrifft und wie sie zur Schaffung des gesellschaftlichen Bewusstseins und der Identität beiträgt. Dennoch ist klar: Dem Finanzlandesrat sind die 3 Millionen des sogenannten „ORF-Schillings“ (40% der Rundfunkgebühren) ungebunden lieber als zweckgewidmet für die Kultur. Einig ist man sich auch, dass der „Bund mehr ins Boot“ geholt werden muss und ob es wirklich zu dem von Monika Klengel geforderten „politischen Handeln“ in dieser Sache kommt ist ungewiss. Laut Ilse Reinprecht müssten sich alle im Landtag vertretenen Parteien einig sein und gemeinsam an den Bund herantreten.

Wie sieht es mit dem Budget aus???

Anita Hofer lieferte Zahlen und Fakten zur Budgetsituation des Kulturressorts: „Mehr als 90% aus dem Budget gehen an die Landesorganisationen. Diese Ausgaben zählen zum Fixbudget. 6-8%, je nachdem wie es berechnet wird, ob die Förderungen an Schulen, Gemeinden und kirchennahe Organisationen dazu gerechnet werden oder nicht, zählen zur freien Kulturförderung. Diese kommt aus den Ermessensausgaben. Zusätzlich bekommen aber auch die Landeseinrichtungen von den Ermessensausgaben ca. 300.000€ Projektförderung. Wenn diese Projektförderungen gestrichen würden, hätte die Freie Szene bereits viel mehr finanzielle Ressourcen. - Ein anderes



Problem ist die KSG, sie beansprucht Projekte und Inhalte der Freien Szene für sich und instrumentalisiert die Kulturschaffenden für ihre Prestigeprojekte. Die Schließung der KSG würde 50% mehr Budget für die Freie Szene bedeuten.“

Drexler spricht sich gegen eine 25% Kürzung in allen Ressorts aus, dennoch ist er der Meinung, dass bei den Supertankern in der Kultur ein bisschen gedreht werden müsste. Außerdem gibt es zahlreiche Gesellschaften (Regionale, KSG, steirischer Herbst), wo man Einsparungspotential suchen könnte. ÖVP und SPÖ sind sich einig, dass nur parteiübergreifende Allianzen versuchen können das Kulturbudget zumindest gleich zu behalten. Während die Grünen bereits in der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der KSG diskutieren, ist das für die Großparteien kein Thema.

Kronen Zeitung Artikel - 01.09.2010

Als nächstes wurde der Kronen Zeitung Artikel gegen die Kulturvereine mit migrantischen Schwerpunkt thematisiert. Hierbei sprachen sich alle für die Notwendigkeit von Mehrfachförderungen aus verschiedenen Ressorts aus. Die IG Kultur forderte eine Stellungnahme für die betroffenen Kulturvereine und auch bezüglich der Transparenz, die im Kulturbereich vorbildlich eingehalten wird.

Sozialversicherung für ehrenamtliche MitarbeiterInnen

In der Frage nach der Sozialversicherung für ehrenamtliche MitarbeiterInnen waren sich alle vier KultursprecherInnen einig und sprachen sich dafür aus. Nachdem der Antrag von Mai 2009 mit der Landtagswahl jedoch verfallen ist, muss erst wieder ein Neuer gestellt werden.

Visionen der KultursprecherInnen

Abschließend wurden nochmals die konkreten Pläne und Visionen der KultursprecherInnen für die Kultur angesprochen. Dennoch kam nicht viel Neues:

Die Grünen möchten die Rundfunkförderung thematisieren, die Forderung an den Bund stellen die Budgetmittel zu erhöhen, die KSG-Problematik wurde bereits in den Medien kommuniziert.

Die ÖVP betonte, dass „der Bereich über den wir heute reden nicht gekürzt werden sollte, aber ich kann ihnen keine Garantieerklärung abgeben, was sie bei ihrem Förderantrag nächstes Jahr bekommen werden“.

Die KPÖ sieht die Schwierigkeiten in der Verteilung und ortet ein gesellschaftliches Problem, das zum Teil von den politischen Verantwortlichen selbst ausgelöst wurde.

Der SPÖ sind einfache Willenskundgebungen zu wenig und betont, dass es viele „kleine“ Dinge gibt, die man nicht vergessen darf wie den Topf für notleidende Künstler, das Ankaufsbudget für „steirische Kunst“ und vor allem, die Mehrjahresverträge, das alles sollte unbedingt gehalten werden.

